

Der Rechtsrutsch und die wahre Wahlsiegerin

Das Schweizer Parlament rückt nach rechts. Allerdings hat auch künftig weder das rechte noch das linke Lager die Mehrheit. Deshalb kommt der Mitte-Partei die wichtigste Rolle zu: jene der Mehrheitsbeschafferin. Neun Erkenntnisse zu den Wahlen 2023.

Doris Kleck und Anna Wanner

Nicht alle Kantone sind bei Redaktionsschluss ausgezählt. Die letzten Resultate zeichnen dennoch ein deutliches Bild. Das sind die Erkenntnisse zu den nationalen Wahlen 2023.

Das Parlament rutscht wieder nach rechts

Die Demoskopien haben recht behalten: Die SVP ist auf die Siegerstrasse zurückgekehrt und hat ihre Verluste von 2019 zu einem grossen Teil wieder wettgemacht. Gemäss der Schlussrechnung kommt sie auf einen Wähleranteil von 28,6 Prozent. Ihr Parteichef Marco Chiesa ist zwar bloss geblieben, doch das hat der SVP nicht geschadet. Wie schon 2015, als sie ihr historisches Höchstresultat erreicht hatte, profitierte die stärkste Partei auch dieses Mal von der thematischen Grosswetterlage. Die SVP setzte einzig auf ein Thema, nämlich die Migration. Diese Strategie funktionierterte.

Der Begriff der 10-Millionen-Schweiz war Wahlkampftechnisch ein Geniestreich. Bemerkenswert sind zudem zwei Dinge. Erstens hat die SVP in der Westschweiz stark zugelegt, wo sie sich lange schwergetan hat. Zweitens hat ihr auch nicht geschadet, dass rechte Kleinparteien wie die EDU gewonnen haben.

2019 wurde der Nationalrat weiblicher, grüner und progressiver. Vier Jahre später schlägt das Pendel zurück, und die grosse Kammer wird wieder deutlich rechter und konservativer. Damit ändert sich das politische Klima im Rat. Allerdings haben FDP und SVP – anders als zwischen 2015 und 2019 – keine Mehrheit im Nationalrat. Damals reagierten die beiden rechten Parteien quasi durch. Im Ständerat bleiben Mitte und FDP die starken Parteien, an denen niemand vorbeikommt. Bereits in der letzten Legislatur politisierte der Ständerat deutlich konservativer als der Nationalrat. Mit den Wahlen nähern sich die beiden Kammern politisch an.

Grundsätzlich gilt zudem, dass FDP und SVP das Heu oft nicht auf der gleichen Bühne haben.

Grünen fallen unter die Zehn-Prozent-Marke

Die Schlappe zeichnete sich früh ab, doch sie tut weh. Minus vier Prozentpunkte für die Grünen. Damit kommen sie noch auf 9,4 Prozent Wähleranteil und fallen deutlich hinter FDP und Mitte zurück. Schwer wiegt vor allem, dass die Partei unter der psychologischen wichtigen Schwelle von zehn Prozent zurückbleibt. Grünen-Präsident Balthasar Glättli bestätigt, der Bundesratsanspruch sei arithmetisch zwar noch intakt. Der Traum aber geplatzt: «Politisch werden wir eine grüne Kandidatur kaum durchsetzen können.» Er vertröstet für eine definitive Antwort auf Freitag. Dann wird die Fraktion über eine allfällige Kandidatur entscheiden.

Das Debakel schmerzt die Partei aber auch, weil die Stimme des Klimas schrumpft. Die SP kann die Verluste der Grünen trotz Zugewinn nicht ausbü-

geln. Unter dem Strich verliert Links-Grün sieben Nationalratssitze. Da ist es ein schwacher Trost, dass die ökologischen Fragen auch in anderen Parteien angekommen sind. Für Mehrheiten im Parlament braucht es Kompromisse bis weit ins bürgerliche Lager.

Krisen stärken die Bundesratsparteien

Corona, Ukrainekrieg, Energieversorgung, Klima, CS-Rettung: Die letzten vier Jahre waren geprägt von Krisen. Mehr als einmal musste der Bundesrat mit Notrecht agieren. Die Schweizer Stimmbevölkerung ist offensichtlich zufrieden mit dem Krisenmanagement von Regierung und Parlament. Und sehnt sich in diesen unsicheren Zeiten nach Stabilität. Die FDP verlor zwar minim an Wähleranteilen, die übrigen Bundesratsparteien wurden aber gestärkt. Grüne und Grünliberale sind die Verlierer des Tages.

Ebenfalls eine Niederlage haben die coronakritischen Bewegungen um Mass-Voll und Aufrecht erlitten. So schnell sie gross geworden sind, so schnell gehen sie auch wieder unter.

Das Duell Mitte-FDP endet vorerst im Patt

FDP und Mitte lieferten sich einen Wettstreit bis zum Schluss. Bei der dritten GFS-Rechnung um 20 Uhr lagen sie noch mit 14,6 Prozent Wähleranteil genau gleich auf. Wobei die FDP Stimmen verlor und die Mitte zulegen konnte. Die Mitte hat gemäss Schlussergebnis nun 29 Sitze und damit die FDP mit ihren 28 Sitzen überholt. Das ist eine historische Zäsur. Zuletzt war die damalige CVP-Fraktion in den 50er-Jahren grösser als die FDP-Fraktion. Aktueller Stand bei Redaktionsschluss: Die Mitte führt im Nationalrat mit 29 zu 28 Sitzen gegenüber der FDP.

Am frühen Nachmittag sah es für die FDP besser aus. Dann zeichneten sich in der Waadt (plus 1,7 Prozent) und in Zürich (plus 2,5 Prozent) deutliche Wahlgewinne für die Mitte ab. Im Aargau und in Bern ging die Wette nach einem Sitzgewinn

nicht auf, in beiden Kantonen verlor die Partei. Die FDP konnte in Thurgau ihren Sitz zurückgewinnen, verlor aber einen in der Waadt und musste lange noch um ihr fünftes Mandat in Zürich zittern. Welche Partei als stärkere Fraktion aus dem Wettstreit herausgeht, ist nicht geklärt. Beide Parteien müssen für Ständeratsmandate in den zweiten Wahlgang. Beide müssen bereits mindestens je eine Ständeratsabwahl verkraften: die Mitte im Kanton Schwyz, die FDP in Neuenburg.

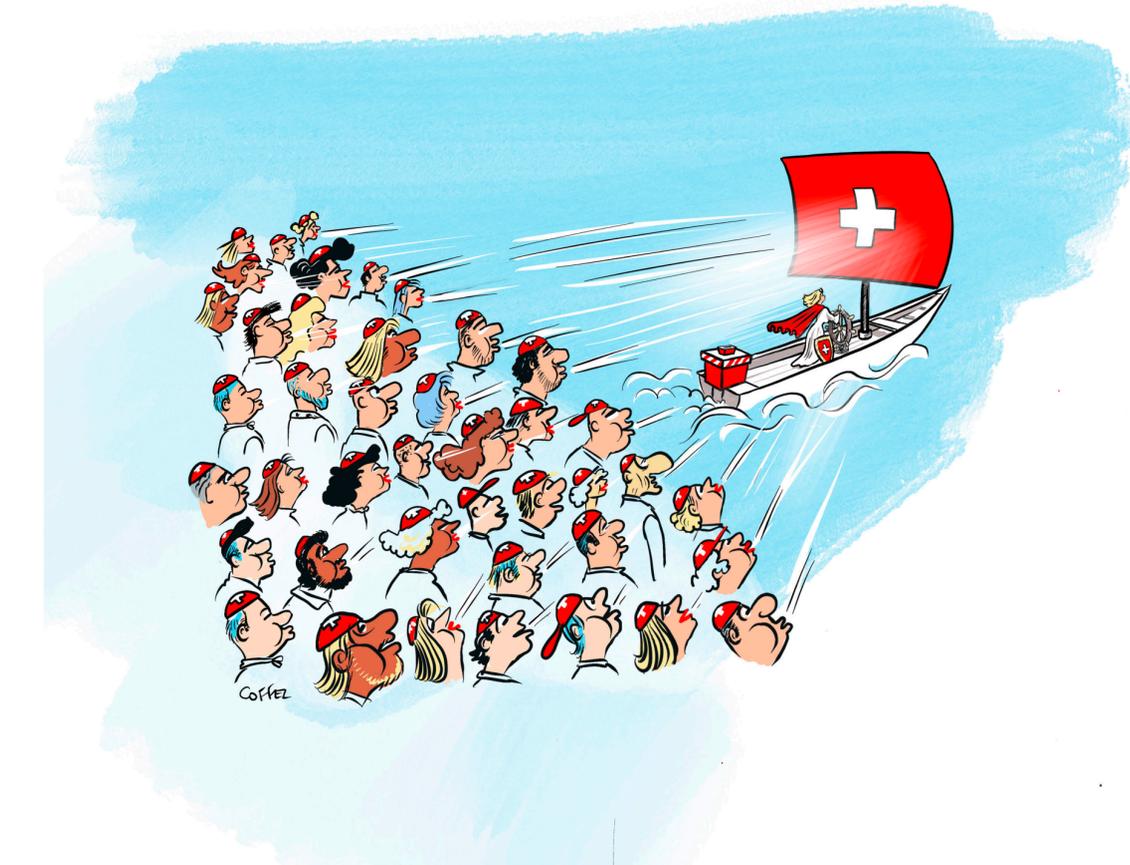
Auch bei der GLP wachsen die Bäume nicht in den Himmel

Die Grünliberalen bleiben eine Jo-Jo-Partei. Nach einem berauschenden Wahlerfolg kommt vier Jahre später die Ernüchterung. Dieses Muster zeigt sich auch heuer. Hatten die Grünliberalen 2019 noch viel Proporzglück, verlieren sie heuer zwar nicht enorm beim Wähleranteil, aber bei den Nationalratssitzen. Und ob es reicht für einen Ständeratsitz, wird erst der zweite Wahlgang in Zürich zeigen.

Die Grünliberalen stehen für eine progressive Politik in Bezug auf Klima, Gesellschaft, Aussenpolitik. Doch damit trafen die Grünliberalen den Nerv der Zeit offensichtlich nicht. Die konservativere Mitte-Partei hat sich deutlich von der GLP abgesetzt und bleibt Mehrheitsmacherin im Parlament. Interessant dabei ist, dass die Mitte-Partei diesen Erfolg vor allem auch starken Frauenkandidaturen zu verdanken hat. Eigentlich eine Stärke der GLP.

Linke verhindern Debakel im Ständerat

SP und Grüne schienen sich gegenseitig Ständeratssitze abzujagen, beispielsweise in Neuenburg, wo 2019 überraschend die Grüne-Kandidatin Céline Vara das Rennen machte. Anstatt Vara verdrängte SP-Kandidat Baptiste Hurni nun den bisherigen FDP-Ständerat Philippe Bauer. Anstatt Vara muss er den Platz räumen. In der Waadt schnappte Gewerkschaftsboss Pierre-Yves Maillard (SP) den Sitz den Grünen wieder weg. In Genf müssen hingegen beide bisherigen Kandidaten nochmals antreten, um



Im Ständerat bleiben Mitte und FDP die starken Parteien, an denen niemand vorbeikommt.

her kann sie sowohl mit links wie auch mit rechts Mehrheiten schaffen und damit Vorlagen prägen. Diese Funktion hat sie sowohl im National- wie auch im Ständerat inne. Offen ist, in welche Richtung das Pendel häufiger ausschlagen wird. In der letzten Legislatur vergab sich die Mitte-Partei viel an Durchschlagskraft, weil National- und Ständeräte eine unterschiedliche Politik machten. Die Ständesvertreter tückten konservativer und gaben sich zurückhaltender, etwa beim Ausbau in der Sozialpolitik. Personell gibt es im Ständerat wenig Veränderungen, das weist auf Kontinuität hin.

Die Linke hat am Wahlsonntag bereits angekündigt, dass sie als Folge des Rechtsrutsches stärker auf Referenden und Initiativen setzen wird. Bereits im nächsten Frühling stehen wichtige Volksabstimmungen zur Altersvorsorge an. Gut möglich, dass der Ausgang dieser Abstimmung auch beeinflussen wird, wie sich die Mitte-Partei etwa sozialpolitisch positionieren wird.

Kompromisse gehen auch künftig über die Mitte

Die Mitte-Partei festigt ihre Position als Mehrheitsmacherin im Parlament. Wie bis-

her kann sie sowohl mit links wie auch mit rechts Mehrheiten schaffen und damit Vorlagen prägen. Diese Funktion hat sie sowohl im National- wie auch im Ständerat inne. Offen ist, in welche Richtung das Pendel häufiger ausschlagen wird. In der letzten Legislatur vergab sich die Mitte-Partei viel an Durchschlagskraft, weil National- und Ständeräte eine unterschiedliche Politik machten. Die Ständesvertreter tückten konservativer und gaben sich zurückhaltender, etwa beim Ausbau in der Sozialpolitik. Personell gibt es im Ständerat wenig Veränderungen, das weist auf Kontinuität hin.

Die Linke hat am Wahlsonntag bereits angekündigt, dass sie als Folge des Rechtsrutsches stärker auf Referenden und Initiativen setzen wird. Bereits im nächsten Frühling stehen wichtige Volksabstimmungen zur Altersvorsorge an. Gut möglich, dass der Ausgang dieser Abstimmung auch beeinflussen wird, wie sich die Mitte-Partei etwa sozialpolitisch positionieren wird.

her kann sie sowohl mit links wie auch mit rechts Mehrheiten schaffen und damit Vorlagen prägen. Diese Funktion hat sie sowohl im National- wie auch im Ständerat inne. Offen ist, in welche Richtung das Pendel häufiger ausschlagen wird. In der letzten Legislatur vergab sich die Mitte-Partei viel an Durchschlagskraft, weil National- und Ständeräte eine unterschiedliche Politik machten. Die Ständesvertreter tückten konservativer und gaben sich zurückhaltender, etwa beim Ausbau in der Sozialpolitik. Personell gibt es im Ständerat wenig Veränderungen, das weist auf Kontinuität hin.

Die Linke hat am Wahlsonntag bereits angekündigt, dass sie als Folge des Rechtsrutsches stärker auf Referenden und Initiativen setzen wird. Bereits im nächsten Frühling stehen wichtige Volksabstimmungen zur Altersvorsorge an. Gut möglich, dass der Ausgang dieser Abstimmung auch beeinflussen wird, wie sich die Mitte-Partei etwa sozialpolitisch positionieren wird.

Mitte, Grüne und GLP werden (noch) weiblicher

Der Aderlass bei den Grünen und den Grünliberalen drohte auch die Frauenver-

tretung im Bundeshaus zu beeinflussen. Doch das Bild hat sich bei Redaktionsschluss noch nicht komplett geklärt. In Zürich und Bern mussten Frauen den Sitz räumen. Doch in Genf, Thurgau, der Waadt und Luzern war es jeweils ein Mann, der die Wiederwahl verpasste. Gleichzeitig verfieng die weiblich ausgerichtete Kampagne der Mitte: Drei neue Frauen schaffen den Einzug. In Zürich ist es Nicole Barandun, in der Waadt Isabelle Chapuis und in Nidwalden Regina Durrerknobel.

Blück auf die Kantone: Schweiz bewahrt Stabilität

In zehn Kantonen gab es keine Sitzverschiebungen. Stabil sind kleine Kantone wie Appenzell, Uri und Schaffhausen. Doch auch im Wallis, in Baselland oder Solothurn musste keine Partei einen Sitz abgeben. In elf Kantonen wechselte nur ein einziger Sitz die Partei. In acht Fällen ging er an die SVP. Das zeigt, dass die Partei von kleineren Verschiebungen breitflächig profitierte. Am wechselfreudigsten sind die Genfer und Waadtländer, wo jeweils drei Mandate neu verteilt wurden. In Bern und Zürich waren es deren zwei.

Plan von Rot-Grün: Cassis raus, Mitte rein

Mitte-Präsident zeigt sich gegenüber diesem Plan sehr verhalten. An der Zusammensetzung des Bundesrats wird sich daher wohl kaum etwas ändern.

Francesco Benini

Ändert sich im Dezember die parteipolitische Zusammensetzung des Bundesrates? Wahrscheinlich nicht. Einige Parlamentarier arbeiten aber darauf hin.

Klar ist: Die Grünen werden keinen Sitz in der Landesregierung bekommen. Um kraftvoll einen Anspruch anzumelden, hätten sie das Wahlergebnis von 2019 annähernd wiederholen müssen. Nun ist die Umweltpartei aber von 13,2 Wählerprozenten auf weniger als 10 Prozent zurückgefallen. Parteipräsident Balthasar Glättli räumte in der Elefantentrunde des Schweizer Fernsehens ein: Es wird nichts mit einem Mandat im Bundesrat.

Einbussen mussten auch die Grünliberalen hinnehmen. Präsident Jürg Grossen hatte stets gesagt: Bei 10 Prozent Wähleranteil wolle seine Partei in die Landesregierung einziehen. Von diesem Resultat sind die Grünliberalen weit entfernt.

Kritik an der Mehrheit

Eine Dynamik könnte hingegen von der Mitte-Partei ausgehen – wenn sie es denn will. Sie verzeichnete Zugewinne und liegt gemäss Hochrechnung gleichauf mit der FDP. Am Wahlsonntag erklärte Balthasar Glättli: Die Zauberformel sei tot. Er meinte damit, dass die FDP im Bundesrat übervertreten sei.

SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer blies ins gleiche Horn. Sie sagte, dass die SVP-FDP-Mehrheit in der Regierung keine Lösungen zustande bringe, die der Bevölkerung nützten. Meyer verwies auf den Anstieg der Krankenkassenprämien.

Der Plan lautet nun: Man nimmt der FDP einen Bundesratsstz weg und gibt ihn der Mitte. Die Rechtsbewegung im Parlament könnte durch eine Linksverschiebung in der Regierung kompensiert werden.

Die Fraktionschefin der Grünen, Aline Trede, sagte am Sonntagnachmittag im Bundeshaus: «Lan-

det die Mitte mit ihrem Wähleranteil vor der FDP, und sei es nur knapp, könnte etwas ins Rutschen geraten.» Machen die Sozialdemokraten mit bei diesem Vorhaben? Co-Präsident Cédric Wermuth antwortet ausweichend, man müsse die Lage analysieren. Andere SP-Exponenten sprechen ähnlich. Sie wollen nicht sagen, ob sich die Partei schon mit den Grünen über das Thema ausgetauscht hat. Zugleich erklären sie sich unzufrieden über die vier Sitze für SVP und FDP im Bundesrat.

Pfister will nicht angreifen

Das linke Lager fühlt sich bestärkt von der SVP. Die Leitung der Volkspartei vermittelt stets die gleiche Botschaft: Je zwei Bundesratssitze für die drei wählerstärksten Parteien, einen Sitz für die viertstärkste. Landet die Mitte am Ende vor der FDP, müsste sie ein zweites Mandat erhalten.

Wahlkampfleiter Marcel Dettling betont, dass die SVP keine Spielchen treibe: Die nach Wähleranteil drittstärkste Partei solle zwei Bundesratssitze erhalten, auch wenn der Abstand zur viertstärksten sehr klein sei. Es wäre nun am Parteiprä-

sidenten der Mitte, Gerhard Pfister, den zweiten Sitz einzufordern. Nur: Am Sonntagabend lagen die Mitte-Partei und die FDP in der dritten Hochrechnung der SRG exakt gleichauf. Und Pfister hatte mehrmals betont, dass die Mitte keinen Bundesrat abwähle, der wieder zur Wahl an-trete.

Pfister wandte sich an der Elefantentrunde aber auch an den Präsidenten der FDP, Thierry Burkart, und erinnerte ihn daran: Die CVP habe 2003 den zweiten Bundesratssitz verloren, als sie den gleichen Wähleranteil erreicht habe wie jetzt die FDP. Burkart konterte, dass die Christlichdemokraten damals zum zweiten Mal in Folge klar hinter der SVP gelandet seien. Damals wählte das Bundesparlament Christoph Blocher anstelle von Ruth Metzler in die Regierung.

FDP glaubt an ihren Sitz

Es gibt Funktionsträger in der Mitte-Partei, die sagen: Vielleicht trete ja FDP-Bundesrat Ignazio Cassis nicht mehr an im Dezember. Cassis hat aber bekräftigt, dass er in der Regierung bleiben wolle. Einen zweiten Mitte-Politiker im Bundesrat gäbe es nur mit einer Abwahl. Das schliesst Gerhard Pfister bisher aus.

Einige Politiker der SP und der Grünen wollen in den kommenden Tagen trotzdem sondieren: Lässt sich etwas ändern an der Zusammensetzung der Regierung? Einige Sozialdemokraten weisen aber darauf hin: Die Bestätigungswahl von Elisabeth Baume-Schneider und die Ersatzwahl von Alain Berset stehen am 13. Dezember ganz am Schluss auf dem Programm. Sollte die SP in einem der fünf Wahlgänge zuvor ein Risiko eingehen, droht der Partei eine Retourkutsche.

Freisinnige Parlamentarier hadern mit dem schlechtesten Wahlergebnis, das ihre Partei bisher erzielt hat. Aber sie sagen: Nein, sie seien nicht besorgt, dass jetzt ein Bundesratssitz der FDP wackle. Zu gross sind die Verluste der Grünen. Und die Mitte-Partei ist zwar gewachsen, aber sie hat keinen Abstand gelegt zum Freisinn. Darum werde sich an der Zusammensetzung des Bundesrats im Dezember kaum etwas ändern.



«Landet die Mitte mit ihrem Wähleranteil vor der FDP, und sei es nur knapp, könnte etwas ins Rutschen geraten.»

Aline Trede Fraktionschefin der Grünen

Presseschau: Im Ausland wird von «Kulturkampf» berichtet

Wie die internationalen Medien über den Rechtsrutsch berichten.

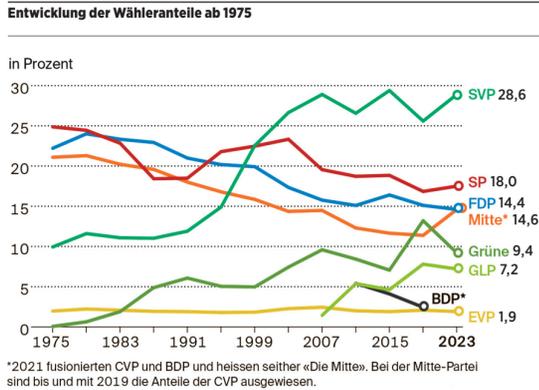
Das Verdikt internationaler Medien über die Schweizer Wahlergebnisse fällt eindeutig aus. Der britische «Guardian» etwa schreibt in seiner Onlineausgabe von einer weiteren Stärkung der «rechtspopulistischen SVP». Ihren Wahlsieg habe die Partei nicht zuletzt ihrer harten Linie in der Migrationspolitik zu verdanken. Auch sei es der SVP geglückt, mit ihrer Kampagne gegen «Cancel Culture» und «Woke-Wahnsinn» einen eigentlichen «Kulturkampf» zu inszenieren und zu instrumentalisieren. Die Folgen des Wahlausgangs dürften aber überschaubar bleiben.

Eine Änderung in der Regierungszusammensetzung sei unwahrscheinlich. In der «Tagesschau» der deutschen ARD sprach Schweiz-Korrespondent Rainald Becker von einem «knallharten, rechtspopulistischen Wahlkampf» der SVP. Die Partei habe in ihrer Kampagne mit Ängsten und Verlustsorgen gearbeitet und «Ausländerhetze» betrieben. Diese Themen hätten «gezogen», so Becker. Die SVP dürfte auch dafür sorgen, dass die Schweiz an ihrer Neutralitätspolitik festhalten und eine «bisschen einsame Insel in Europa» bleiben werde.

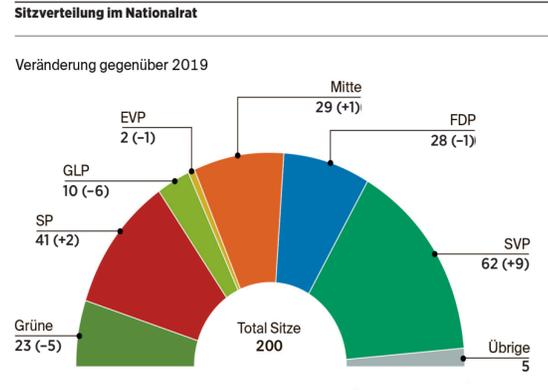
Zu einer anderen Einschätzung kommt der «Corriere della Sera» aus Mailand in seiner Onlineausgabe. Neben dem Vormarsch der «nationalistischen Rechten» und

den Verlusten der Grünen verweist das Medium auf die stabilen Ergebnisse der «gemässigten Formationen», wozu der «Corriere» FDP, Mitte und SP zählt. Angesichts der zu erwartenden Stabilität dürfte sich im Hinblick auf die Positionierung der Schweiz im Ukraine-Konflikt und der Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland trotz des Wählerwachstums der SVP nichts ändern.

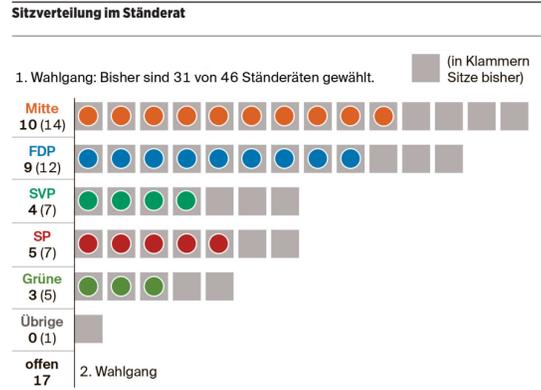
Der «Standard» aus Wien wiederum klärte seine Onlineleserschaft darüber auf, dass die SVP «paradoerweise sowohl Regierungss- als auch Protestpartei» sei. Im Bundesrat gebe sie sich rechtskonservativ und trage Kompromisse mit, im Wahlkampf sei die Partei hingegen rechtspopulistisch unterwegs. (chm)



GRAFIK JBR



GRAFIK JBR, LET



GRAFIK JBR